

II-2708 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 26. Juli 1977
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/37-1/77

1260 IAB
1977-08-02
zu 1259/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. SCRINZI und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Anstieg von Umweltgiften in Lebensmitteln (Nr. 1259/J-NR/1977)

In der gegenständlichen Anfrage wird an mich folgende Frage gerichtet:

"Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die besorgniserregende Konzentration von den oben erwähnten Umweltgiften, insbesondere Kadmium, in österreichischen Lebensmitteln reduziert wird?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Der derzeitige Wissensstand über die Schadstoffbelastung unserer Nahrung bietet keine ausreichende Grundlage für gezielte und somit wirksame Maßnahmen.

Mein Ministerium hat daher Forschungsaufträge an wissenschaftliche Institute vergeben, um aus den Ergebnissen dieser Forschungen zunächst einen Überblick darüber zu erhalten, wie groß die Schadstoffbelastung unserer Nahrungsmittel tatsächlich ist.

- 2 -

Die in der gegenständlichen Anfrage angeführten Schadstoffwerte sind Teilresultate dieser ersten, orientierenden Untersuchungen. Sie haben ergeben, daß die Gehalte unserer Nahrungsmittel an Schwermetallen, wie Blei, Arsen und Quecksilber, abgesehen von der Quecksilberkontamination gewisser Fischkonserven, weit unter den von der Weltgesundheitsorganisation für die Schadstoffe festgesetzten Grenzwerte liegen.

Als einzige Ausnahme wurde festgestellt, daß der Kadmiumgehalt unserer Nahrungsmittel von den der Weltgesundheitsorganisation festgesetzten Toleranzwert von 2.0 Milligramm/Person und Monat, geringfügig überschreitet (2.02 mg/Person und Monat). Die Überschreitung eines solchen Wertes ist allerdings keineswegs mit einer Gesundheitsgefährdung gleichzusetzen.

Jedenfalls ist dieser Umstand Anlaß, nunmehr die Ursachen dieser Belastung zu erforschen, damit wirksame Maßnahmen getroffen werden können.

Der Bundesminister:

